

# MARGINALIEN

## Westberliner Polizeiknüppel verteidigen Franco-Regime

Zur gleichen Stunde, als am Dienstag voriger Woche in der Sporthalle an der Stalinallee im demokratischen Teile Berlins Spanienkämpfer aus 16 Ländern ihre feste Bereitschaft zur Verteidigung der Demokratie und des Friedens erneuerten, wurde das nebenstehende Foto aufgenommen. Das Studenten der sogenannten Freien Universität in Westberlin zeigt die mit brutaler Gewalt von Stumm-Polizisten zum Polizeiwagen geschleppt werden. Die Westberliner Polizei knüppelte an diesem Tage eine Demonstration der Studenten gegen das Franco-Regime nieder. Die Studenten demonstrierten vor dem amerikanischen Offiziersklub im Harnack-Haus in Dahlem, in dem der Konsul des faschistischen Spaniens in Westberlin eine „Cook-

tail-Party“ anlässlich des 25. Jahrestages des Franco-Putsches gegen das republikanische Spanien gab. Mehrere Einsatzkommandos der Westberliner Polizei stürzten sich auf die Studenten und schleppten etwa 30 Demonstranten in einen Polizeilastwagen.

In lauten Sprechchören hielten die Demonstranten ihrer Empörung gegen den francospanischen Empfang Ausdruck gegeben. Voller Leidenschaft erklangen immer wieder die Sätze: „Freiheit für Spanien!“ – „Demokratie für Spanien!“ und „Nieder mit Franco!“ Zusammen mit Dozenten und Professoren trugen die etwa 150 Studenten ein vergrößertes Foto, das Hitler und Franco händeschüttelnd zeigte.

Wie schrieb doch Erich Weinert in einem seiner Spanien-Gedichte:

Zuseiten stellt die lebende Gedächtnis,  
Was an Gewalten in ihr wühlt und ringt,  
Auf offener Szene vor der Welt Gesichte,  
Daß es dem Blinden selbst,  
der arm an Lichte,  
Wie Offenbarung in die Augen springt.

Zuseiten fällt der Lüge Schleieradwaden;  
Denn das Ereignis selbst zerfällt den Faden  
Und zeigt den Wurzeln  
Weg und Hat.

Wo rechts und links ist von den  
Barrikaden ...

## Notizen nach einem Forum am Physiologischen Institut Von Klaus Höpcke, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung

Es war am Freitag vergangener Woche: Zu gleicher Zeit, da der Nationalrat in Berlin den Wahlauftrag der Nationalen Front zum 17. September beriet und verabschiedete, versammelten sich auf Einladung der Gewerkschaftsgruppe der Angehörigen des Physiologischen Instituts unserer Medizinischen Fakultät zu einer Aussprache über den Deutschen Friedensplan, das grundlegende Dokument der Wahlbewegung und des ganzen weiteren Komplexes um die Bündigung des westdeutschen Militarismus durch Abschluß eines Friedensvertrages.

Was zeichnete diese Aussprache aus?

Sie war durchdrungen vom Ringen um Klarheit über die Probleme und Aufgaben, die sich aus dem Deutschen Friedensplan ergeben. Oberarzt, Ärzte, Werkstatthalter, medizinisch-technische Assistentinnen und Sekretärinnen berieten mit gischem Eifer, wie der Kampf um die Sicherung des Friedens durch Abschluß eines Friedensvertrages während der nächsten Monate geführt wird und welche Ergebnisse zu erreichen sind.

Ich möchte im folgenden auf einige der auf diesem Forum diskutierten Fragen zurückkommen, die in dieser oder jener Form auch an anderen Kliniken und Instituten und in den Studentensommerlagern im Mittelpunkt des Interesses standen und stehen.

# Wie wird der Friedensplan Realität?

Ist es richtig, den Friedensvertrag auch in dem Fall abzuschließen, wenn die Westmächte ablehnen? Zeigt nicht das Säbelgerassel in Bonn und Washington, daß man sich dort auf schärfste Reaktionen vorbereitet?

Der Abschluß des Friedensvertrages ist nicht nur richtig, sondern unbedingt notwendig, auch wenn Bonn und Washington opponieren. Unser Ziel ist ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten. Der Widerspruch der Bonner Ultras gegen diesen Vorschlag und die gegenwärtig zunehmenden Drohungen gegen den Friedensvertrag überhaupt, schlagen letzten Endes ihren Urheber ins Gesicht: Die Herzen beweisen damit erneut vor aller Welt ihre Angst vor friedlichen Regelungen. Und ein Blick auf den gegenwärtigen Stand der Atomrüstung der Armee von Strauß, Speidels und Heusingers Gnaden und ihre Pläne für die nächsten zwei Jahre zeigen: Sie wollen den Friedensvertragslosen Zustand nutzen, ihr lange angestrebtes heues aggressives Abenteuer, unter Verwendung Westberlins als Wühlzentrale gegen das sozialistische Lager, vorzubereiten und auszulösen.

Das Säbelgerassel ist darauf berechnet, daß unser Staatsrat, unsere Regierung und die Staatsführungen in den anderen sozialistischen Ländern schwache Nerven bekommen könnten. Das ist eine Fehlberechnung. Herr Eisenhower dürfte die Erfahrungen mit solchen Fehlberechnungen seinem Nachfolger Kennedy wohl übermittelt haben: Er protestierte mit dem U-2-Spionagelieferer Powers, der aber wurde zu Boden gerungen, und als Eisenhower sich nicht entschuldigte, schickte ihn Genosse Chruschtschow mit einigen deutlichen Worten aus Paris nach Hause. Daraufhin ließ Eisenhower Kriegsminister Teilmobilisierungen amerikanischer Streitkräfte verfügen und bekanntgeben. Das war so eine Rechnung auf unsere schwachen Nerven. Was in Wirklichkeit herauskam, ist bekannt: Große Volksbewegungen gegen den USA-Imperialismus.

Der Grundhalt dieses Falles aus dem Jahre 1960 und des jetzigen Stadiums im Kampf um den Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten noch im Jahre 1981 ist der gleiche: Die Ideen des Friedens, die von den sozialistischen Ländern ausgehen und so prägnant gerade jetzt im Friedensvertragsmemorandum der Sowjetregierung und im Deutschen Friedensplan, den unsere Volkskammer beschlossen hat, ausgedrückt sind, erobern die Hirne und Herzen von immer mehr Menschen auf allen Kontinenten. Das Säbelgerassel der Ultras kann aber weder den Abschluß des Friedensvertrages noch diese Auswirkungen verhindern.

Das ist eine für uns sehr angenehme Tatsache, die sich aus der zunehmenden Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus ergibt. Schwache Nerven zu bekommen, dafür gibt es also nur Anlaß bei den Bonner Urhebern des Nervenkrieges wegen des Fiskus, das sie erleiden werden. Aber es ist völlig richtig, im Zusammenhang mit dem Kampf um den Friedensvertrag besonders aufmerksam Provokationsversuche zu beobachten und zurückzuschlagen, weil sie im Hysterieerzeugungsplan der Bonner

Universitätszeitung, Nr. 30, 25. 7. 1981, S. 6

psychologischen Krieger an erster Stelle stehen. Es gilt also, unsere eigene Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen. Und es ist genauso notwendig, unsere Republik an jeder Stelle ökonomisch und materiell gegen Störversuche der Militaristen abzusichern. Weil auf ökonomischen Gebiet sozusagen der „letzte Versuch“ gestartet werden soll, die Friedenskräfte zum Verzicht auf den Friedensvertrag zu zwingen.

**Haben die Westmächte — rein juristisch — ein Argument, das ihnen erlaubt, auf den Viermächtestatus von Berlin und der Zufahrtsstraße nach Westberlin zu pochen?**

Nein. Sie haben durch die Verletzung der Grundsätze des Potsdamer Abkommens die politische Grundlage ihres Aufenthalts sowohl in Westberlin als auch in Westdeutschland zerstört, denn sie haben Militarismus und Nazismus nicht beseitigt, sondern wiederhochgerichtet. Sie haben durch die Sprengung des Alliierten Kontrollrates auch faktisch den formalen Anlaß beseitigt, aus dem sie — ohne an der Eroberung Berlins beteiligt gewesen zu sein — in die Stadt hineingelassen wurden. Und darüber hinaus haben sie, und zwar zu ihrem eigenen Leidwesen, höchst eigenhändig die „rein juristischen Argumente“ (im die Worte des Fragestellers zu gebrauchen), auf die sie sich heute gern berufen möchten, liquidiert: durch die Verkündung des rechtswidrigen sogenannten „kleinen Besatzungsstatus“ für die von ihnen kontrollierten Westsektoren. Für die Hegelung der Westberlinfrage durch Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte, neutrale Freie Stadt oder zunächst Vereinbarungen zwischen den Westmächten und unserer Republik über den Verkehr von und nach Westberlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft sprechen also sowohl die grundlegenden Interessen des Friedens als auch die sachlichen Fakten der Lage Westberlins, als auch alle Argumente des Rechts.

**Bringt der Abschluß eines Friedensvertrages evtl. verstärkte Reiseschwierigkeiten zwischen Westdeutschland und unserer Republik? Wie kommen wir zur Einheit der Nation?**

Wenn es nach den Vorschlägen unserer Volkskammer geht, wird es keineswegs verstärkte Reiseschwierigkeiten geben. Im Vorschlag eines „Abkommens des guten Willens“ über das die aus Vertretern der DDR und Westdeutschlands zu bildende Friedenskommission beraten soll, heißt es vielmehr, daß sich beide deutsche Staaten zu Maßnahmen verpflichten sollten, „die der Erweiterung des Handels zwischen ihnen dienen“, und weiter: „Sie vereinbaren den Austausch der kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen ihren Bürgern und Institutionen und treffen Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs.“

Wie ist die Antwort Bonn? Adenauer, Strauß und Lemmer verstärken die Hetze gegen unsere Republik, setzen erhöhte Kopfpflichten für die skrupellosen Menschenhändler aus, die hémungeloses Bür-



ger aller Berufsgruppen und jeden Alters aus unserer Republik zum Verrat an Heimat, Familie, Arbeitsstelle und Bekanntheit zu verführen trachten.

Der Friedensvertrag ist das entscheidende Mittel, diese Situation zu überwinden. Er schließt die Möglichkeiten der Hetzer und Menschenhändler deutlich ein und gibt den Friedenskräften in Westdeutschland Auftrieb, die für die Gesundung der Beziehungen zwischen Westdeutschland und der DDR eintreten, und folglich an erster Stelle gegen die Bonner Atomrüstung kämpfen. Die Stärkung dieser Kräfte, unsere Solidarität mit ihnen, die Vereinigung unserer Anstrengungen ist die grundlegende Voraussetzung der Sicherung der Einheit unserer Nation.

Daß die Bonner Ultras auch auf diese Entwicklung sehr hysterisch reagierten, zeigt nur einmal mehr, daß der Wunsch nach verbesserter Reiseverkehr und das Sehnen nach der Einheit der Nation ihre Erfüllung nur finden, wenn sie in einem erhöhten Beitrag zum Kampf um die Bündigung des westdeutschen Militarismus und um die Stärkung unserer Republik im sozialistischen Aufbau zum Ausdruck kommen. Die Wahlbewegung gibt Gelegenheit, durch Zusammenfassung aller Kräfte und Initiativen zu noch größeren Ergebnissen als bisher zu kommen.

**Besteht zwischen der Knappheit an Kühlschränken und dem Ringen um den Friedensvertrag ein Zusammenhang?**

Ja, ein sehr enger. Doch zunächst ein Hinweis vorweg: Mancher glaubt, die Kühlschrankproduktion habe im Verlauf der letzten Jahre abgenommen. Das ist nicht der Fall. Die zahlungskräftige Nachfrage ist nur weit schneller als die Produktion angestiegen, wie das auch bei einigen anderen wichtigen Konsumgütern der Fall ist, woraus sich ergibt, daß die Lösung dieses Problems in der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Anwendung neuer technischer Verfahren, Mechanisierung und Automatisierung der Produktion liegt. Zwei Ziffern noch, die das Ansteigen der Produktion von Kühlschränken beweisen: Im ersten Halbjahr 1957 wurden 1249 Stück, im ersten Halbjahr 1961 7404 Stück produziert.

Nun zu dem Zusammenhang: Kühlschrankproduktion erfordert, wie die Herstellung von Waschmaschinen und Kraftwagen, sogenannte Tiefziebleche. Deren Bezug aus Westdeutschland wurde gestört, und mit weiteren Störungen müssen wir — ich verweise auf die Bemerkungen im Zusammenhang mit der ersten Frage — rechnen. Durch eine vorübergehende spürbare Einschränkung ihrer eigenen Kühlschrankproduktion hat die Sowjetunion in selbstloser Hilfe ermöglicht, einen Teil unserer Schwierigkeiten wettzumachen.

Darüber hinaus müßten wir uns natürlich entschließen, abweichend vom Sechsjährigen Tiefzieblech-Erzeugungskapazitäten zu erhalten. Das geschieht durch Bau eines großen Stahl- und Walzwerkes im Eisenhüttenkombinat Stalinalstadt. Die Kosten belaufen sich auf 1 Milliarde DM. Daraus kann man entnehmen, daß der Zusammenhang, auch dem hier gefragt wurde, sogar noch weitergeht, denn diese eine Milliarde steht nun für etwas anderes nicht mehr zur Verfügung. Das heißt, auf einigen Gebieten werden wir verüberrgehend auch Opfer aus nehmen müs-

## Stimmung gut trotz schlechten Wetters

(Fortsetzung von Seite 1)

warten zu können. Wir erfuhren weiterhin, daß ein Zeichenzirkel und ein Literaturzirkel ebenfalls ihre Arbeit aufgenommen haben und die einzelnen Gruppen vielfältigen Interessen nachgehen. Darüber hinaus trug uns Helmut Nürnberger eine ganze Liste von Veranstaltungen vor, die in diesem und im nächsten Durchgang stattfinden. Eine erste Auswertung der Prüfungsergebnisse hatten die Gruppen bereits vorgenommen.

Davon, wie auch im Sommerlager der WiFa-Studenten die Probleme des Friedensvertrages im Mittelpunkt der Diskussion stehen, berichtet folgende Korrespondenz von Horst Stein, die wir hier anfügen möchten:

Am 29. Juli fand in der Stadt Oschatz ein öffentliches Forum mit Genossen Paul Fröhlich, Kandidat des Politbüros des ZK und Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig statt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die gegenwärtig jedem Deutschen interessierenden Probleme — also Friedensvertrag, Lösung der Westberlinfrage und Konföderation der beiden deutschen Staaten.

Für uns Studenten der Karl-Marx-Universität, die wir uns gegenwärtig in Oschatz befinden, war es klar, dieses Forum zu besuchen und die auch uns brennend interessierenden Fragen zur Diskussion zu stellen. Wir erhielten von Genossen Paul Fröhlich grundlegende Antworten u. a. auf die Frage: Wie wird durch einen Friedensvertrag die Westberlinfrage gelöst? Welchen Einfluß hat der Abschluß eines Friedensvertrages, wenn er nur mit der DDR zustande kommt, auf die inneren Verhältnisse in Westdeutschland?

In einem recht lebhaften Meinungsaustausch wurde die von westlichen Politikern vertretene These von der Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch einen Friedensvertrag nur mit der DDR als politische Zweckfuge entlarvt.

Alle Probleme, die auf diesem Forum im Mittelpunkt standen, bilden natürlich auch den Schwerpunkt der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit in unseren diesjährigen Sommerlagern. Bereits vor dem Oschatz Forum haben wir in einer seminaristischen Anleitung der Propagandakommission die grundsätzlichen Gesichtspunkte für die Auswertung der letzten Volkskammertagung und des 13. Plenums festgelegt.

Warum ist der Abschluß des Friedensvertrages gerade gegenwärtig so notwendig? Welche Bedeutung hat der Deutsche Friedensplan? Wie soll das Westberlinproblem konkret gelöst werden? Die Bedeutung der Kommunalwahlen am 17. September 1981 in der DDR in Gegenüberstellung zu den Bundestagswahlen in Westdeutschland. Ökonomische Stärkung der DDR, Beseitigung der Störartigkeit unserer Wirtschaft.

In den einzelnen FDJ-Gruppen unserer Lagers fanden danach rege Aussprachen statt. Dabei wurde von vielen Freunden die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages hervorgehoben, um die von den westdeutschen Militaristen ausgehende Kriegsgefahr zu bannen und um endlich die Störversuche gegen unsere Republik, die von Westberlin ausgehen, zu unterbinden. Bei der Aussprache haben wir aber auch erkannt, daß für eine gut fundierte Argumentation zu diesen Problemen eine konkrete Kenntnis der historischen Fakten, z. B. des Potsdamer Abkommens, gefehlt.

Ausgehend vom Problem der Sicherung der Wirtschaft vor imperialistischen Störversuchen wurden auch Schlußfolgerungen der Art gezogen, daß es für unsere Freunde — künftige Wirtschaftsfunktionäre — darauf ankommt, durch eine ständige Erhöhung der Studienintensität sich die bestmöglichen Kenntnisse anzueignen um sie später in der Praxis umzusetzen. Zu diesem Erkenntnis hat besonders auch eine Aussprache mit dem Prodekan unserer Fakultät, Professor Dr. Joswig, am 30. Juli über Fragen des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums beigetragen.

Die Diskussion zu diesen Problemen wird natürlich fortgesetzt. So findet am 27. Juli ein Forum zu den Wahlen am 17. September statt.



Das Studium der UZ gehört zum Sommerlagerleben. Dieses Foto wurde im Sommerlager der Chemiker aufgenommen.